

# Volkswacht

für Schlesien

Organ für die werktätige Bevölkerung

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.  
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

**Anzeigenpreis:** Je Zeile für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 1.00 RM, auswärts 1.25 RM. Anzeigen unter Text 2.00 RM, auswärts 2.50 RM. Stellenangebote, Familienanzeigen 0.50 RM. Geschäftsgeheime, Verlobungs- und Wohnungs-Anzeigen 0.50 RM. Kleine Anzeigen pro Wort 0.50 RM, das letzte Wort 1.00 RM. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis mittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Barstraße 46 (siehe in sämtlichen Zweigstellen) abgegeben werden.

**Bezugspreis:** Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 8 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Barstraße 46, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße Nr. 5, und durch alle Ansträger zu beziehen. Wöchentlich 1.50 RM, monatlich 6.50 RM, vierteljährlich 19.50 RM (einschließlich P-Beleggebühr), durch die Post bezogen vierteljährlich 19.80 RM.

## Deutschland kann nicht zahlen.

### Deutschland bittet um Zahlungsausschub.

Die Reichsregierung hat der Reparationskommission in einer Note mitgeteilt, daß sie nicht in der Lage ist, die am 15. Januar fälligen Verpflichtungen voll zu leisten. Ihre Bemühungen, bei der englischen Bank einen Kredit zu erlangen, seien mit der Begründung abgelehnt worden, daß es unmöglich sei, der deutschen Regierung eine Anleihe zu gewähren, solange die schweren Reparationsbedingungen des Londoner Ultimatums aufrechterhalten werden. Diese Mitteilung der Reichsregierung spricht keineswegs dafür, daß nunmehr mit Repressalien im Januar zu rechnen ist. Im Gegenteil. Die Note, deren Wortlaut wir nachstehend mitteilen, wird den ersten Anstoß zu offiziellen Verhandlungen über die Änderungen des Londoner Ultimatums bilden:

An den Herrn Präsidenten der Reparationskommission, Paris.  
Herr Präsident!

Wie ich der Reparationskommission bei ihrer letzten Anwesenheit in Berlin erklärt habe, ist die deutsche Regierung auf das ernsthafteste bemüht gewesen, die beiden nach dem Zahlungsplan vom 15. Mai 1921 bevorstehenden Zahlungen zu sichern.

Da dies nur mit Hilfe einer im Auslande aufzunehmenden Anleihe gesungen konnte und hierbei eine wesentliche Mitwirkung der englischen Finanzwelt unerlässlich war, so hat die deutsche Regierung mit England wegen einer solchen Anleihe verhandelt.

Von maßgebender Stelle ist ihr jedoch erwidert worden, daß unter der Herrschaft der bestehenden Bedingungen, welche zurzeit für die Zahlungsverpflichtungen der deutschen Regierung gegenüber der Reparationskommission während der nächsten Jahre maßgebend seien, eine solche Anleihe in England nicht zu erlangen sei, und zwar weder als langfristige Anleihe, noch als kurzfristiger Bankkredit.

Unter diesen Umständen kann die deutsche Regierung nicht mehr damit rechnen, daß es ihr gelingen wird, diejenigen Beträge in voller Höhe zu beschaffen, die nötig wären, um die am 15. Januar und am 15. Februar 1922 fälligen Raten zu bezahlen.

Selbst bei aller Anstrengung und unter Nüchternheit ihrer budgetären Lage wird die deutsche Regierung für diese Termine außer dem Werte der Sachleistungen und der Gütschrift auf dem Recovery-Akt nicht mehr als ungefähr 150 bis 200 Millionen Goldmark aufbringen können.

Die deutsche Regierung stellt sich daher genötigt, bei der Reparationskommission für die nicht erfüllbaren Beträge der Raten vom 15. Januar und 15. Februar 1922 einen Zahlungsausschub zu beantragen.

Sie beschränkt sich zunächst auf diesen Antrag, obwohl sie sich bewußt ist, daß sie bei den nächstfolgenden Raten gleichfalls mit Schwierigkeiten zu rechnen haben wird. Genehmigen Sie uns.

Die Note ist zugleich den alliierten Regierungen zur Kenntnis gebracht worden.

Durch die Note des Reichskanzlers an den Präsidenten der Reparationskommission in Paris wird ein lange ängstlich gehütetes Geheimnis enthüllt. Die Öffentlichkeit Deutschlands und der ganzen Welt war im höchsten Grade gespannt, zu erfahren, welchen Ertrag die viel besprochene Reise Rathenaus nach London haben würde. Einem überschwenglichen Optimismus wurde vorgebeugt durch das Bekanntwerden der Tatsache, daß Rathenau weder ein Memorandum in England erwirkt, noch eine Anleihe zustande gebracht hatte. Trotzdem zeigten sich die deutschen Regierungskreise ziemlich optimistisch, und ihr Optimismus teilte sich auch der Börse mit, was sich in dem Steigen des Kurses der Mark ausdrückte. Wir erfahren nun, worauf sich der Optimismus der Reichsregierung gründet, nämlich auf die Tatsache, daß die ausschlaggebenden Finanzkreise Englands die Erklärung abgaben, daß Deutschland „unter der Herrschaft der Bedingungen, die zurzeit für die Zahlungsverpflichtungen der deutschen Regierung gegenüber der Reparationskommission“ während der nächsten Jahre maßgebend seien, nicht kreditfähig ist. Diese Erklärung der englischen Hochfinanz ist die denkbar stärkste Verurteilung des durch das Londoner Finanzdiktat vom 5. Mai aufgestellten Zahlungsplanes und eine bündige Widerlegung der von der Reparationskommission während ihres Aufenthaltes in Berlin geäußerten Auffassung, Deutschland könne die nächsten Raten seiner Verpflichtungen durch Aufnahme ausländischer Anleihen decken.

Die deutsche Regierung teilt der Reparationskommission diesen Tatbestand mit und stellt damit die Frage der Revision des Londoner Finanzdikates auf.

Die Antwort der Reparationskommission ist natürlich noch ungewiß. Es ist aber anzunehmen, daß die

deutsche Regierung nach den Mitteilungen, die Rathenau in London erhalten hat, nicht auf einen direkt abweisenden Bescheid rechnet. Da bis zum Zahlungstermin noch ein Monat vor uns liegt, besteht aber immerhin die Möglichkeit, daß die Reparationskommission den deutschen Antrag auf Zahlungsausschub zurückweist, und daß dann Deutschland letzte verzweifelte Anstrengungen unternimmt um seinen Verpflichtungen zum 15. Januar und 15. Februar gerecht zu werden. Man kann in diesem Zusammenhang an den Goldschatz der Reichsbank denken, doch wird man sich auch in wirtschaftlichen Kreisen des Auslandes nicht verhehlen, daß durch allerletzte verzweifelte Mittel zwar vielleicht die Zahlung der nächsten Rate bewirkt werden kann, daß aber dadurch die lange gefürchtete Katastrophe der europäischen Wirtschaft erst recht herbeigeführt werden würde.

Die Entente wird sich also darüber entscheiden müssen, ob sie die Weltwirtschaft mit sehenden Augen in diese Katastrophe hineinreißen lassen will, oder ob sie dem deutschen Antrag auf Zahlungsausschub stattgibt und darüber hinaus in Erwägungen über einen geänderten Zahlungsplan eintritt, der Deutschland wieder kreditfähig macht und den gesamten weltwirtschaftlichen Verkehr wieder auf gesunde Grundlagen stellt.

### Das ganze Reparationsproblem aufgerollt.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Aus der Note des Reichskanzlers Dr. Wirth an die Entente-mächte spricht das Ergebnis der Verhandlungen, die Dr. Rathenau in London mit maßgebenden Finanzkreisen führte. Nicht Kredite noch ein Memorandum, sondern der Anstoß zur Aufrollung des ganzen Reparationsproblems, das war das Ziel der deutschen Beauftragten. Dieses Ziel ist gewissermaßen erreicht, denn die Feststellung der englischen Bank, unter den augenblicklichen Umständen keinen Kredit geben zu können, zeigt der ganzen Welt, wie man selbst in jenen Kreisen, die der englischen Regierung äußerst nahe stehen, über die deutschen Kriegsschuldverpflichtungen urteilt. Es scheint heute verfrüht, auf das Urteil der englischen Hochfinanz, die auf die Reparationspolitik weitgehenden Einfluß hat, näher einzugehen — sicher aber ist, daß dieses Urteil nicht ohne Heberei ein Stimmung der maßgebenden Regierungskreise gestiftet wurde, dieses Urteil zweifellos also auch halbwegs die Auffassung der englischen Regierung ist, die jedoch diese Meinung aus rein politischen Gründen nicht offiziell zum Ausdruck bringen konnte. Selbstverständlich wird man in Frankreich von dem Stundungsgeheim nicht erschau sein, obwohl sich auch in französischen Regierungskreisen tatsächlich mehr und mehr die Meinung breit gemacht hat, daß die Erfüllung der deutschen Reparationsverpflichtungen schon in aller Kürze unmöglich sein wird. Die Enttäuschung der französischen Politiker liegt darin, daß sie mit aller Bestimmtheit die durch die Reise der Reparationskommission nach Berlin bekräftigt wurde, hofften, wenigstens noch die Januar- und Februarzahlungen in vollem Umfange von Deutschland zu erhalten. Das glaubte man in Frankreich, trotzdem auch der französische Wiederaufbauminister, der erst vor wenigen Tagen aus London zurückgekehrt war, von der Haltung der englischen Hochfinanz nicht ununterrichtet sein konnte. Es ist kaum zu erwarten, daß die Reparationskommission ohne weiteres das deutsche Stundungsgeheim ablehnen wird. Auch die Finanzpolitiker der Ententemächte werden sich bewußt sein, was die Note der Reichsregierung bedeutet, zumal sie, gestützt auf die Autorität der englischen Finanzwelt eine Forderung vorstellt, die ganz Europa interessiert.

Es war nicht anzunehmen, daß die französische Presse, die bereits am Donnerstagabend von der Ankunft der Note Kenntnis hatte, diese mit großer Freude aufnehmen würde. „L'attribution“ bezeichnet die deutsche Mitteilung z. B. als eine List, die Frankreich sich nicht gefallen lassen dürfe. Weil Deutschland gehor habe, daß Herr Loucheur einen Anleiheplan prüft und hoffe, daß bei der Besprechung zwischen Briand und Lloyd George vielleicht einige Erleichterungen für die Zahlungen sich ergeben könnten, wolle es versuchen, zunächst einmal überhaupt nichts zu zahlen. Aus einer Bemerkung in einem Leitartikel des „Temps“, der sich mit der bevorstehenden Konferenz in London beschäftigt, geht hervor, daß der französischen Regierung die Mitteilung des Reichskanzlers an die Reparationskommission nicht ganz unermartet gekommen sei.

Im übrigen läßt die Pariser Presse vorläufig noch eine gewisse Zurückhaltung, woran die Regierung nicht unbeteiligt sein wird. Die Pariser Presse nimmt zum Teil in einer sachlichen Form, andererseits in einer Art Stellung, die eine gewisse Befriedigung für deutschnationale Gemüter darstellt. „Bankrott des 10. Mai“ heißt es z. B. in der Titelseite des neuen Organs der Deutschen Volkspartei, „Die Zeit“. Die diebstahlige Freude gewisser Rechtsblätter, die ihre Wirkung auch im Ausland nicht verfehlt, wird durch folgende sachliche Feststellung des „Vorwärts“ erledigt, die sich mit der Auffassung der Regierung deckt:

„Deutschland muß fortfahren, zu erfüllen, was es erfüllen kann. In diesem Zweck muß es seinen inneren Haushalt in Ordnung bringen und auch sonst alle zweckdienlichen Vorkehrungen treffen. Aber all diese Maßnahmen werden — so urteilt nicht wir sondern die englische Finanzwelt — nicht dazu ausreichen, Deutschland wieder kreditfähig zu machen. Seine Kreditunfähigkeit wird solange bestehen, solange die Zahlungsbedingungen gelten, die im Lon-

doner Finanzplan niedergelegt sind. Es hätte in Deutschlands Interesse gelegen, die Aufrollung des Problems, das mit der Note vom 14. Dezember tatsächlich aufgerollt ist, noch weiter zu vertagen. Aber die objektive Unmöglichkeit der Erfüllung war härter als der subjektive Wille zur Erfüllung. Und sollte durch den Willen der Alliierten auch eine neue Prolongation des Termins eintreten, der für alle eilig ist, — für uns am meisten — der Tag muß ja doch kommen, an dem über die Revision der von Deutschland zu leistenden Zahlungen gesprochen werden muß. Der härteste aller Diktatoren ist die Not, die alle Beteiligten schließlich doch zwingt, durch ein vernünftiges Einsehen den Boden zu schaffen, auf dem die Weltwirtschaft leben kann.“

### Die Reparationsfrage im Hauptauschuß.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Der Reichskanzler wird heute Vormittag 10 Uhr im Hauptauschuß des Reichstages eine Erklärung über die Note an die Reparationskommission abgeben. Um 11 Uhr tritt dann der Ausschuß zusammen, der sich eigentlich mit Dr. Wirths Mitteilung soll. Es ist jedoch zu erwarten, daß an Stelle dieser Besprechungen eine Erörterung der neuen außenpolitischen Situation tritt. Die Reichsregierung legt trotz der Note an die Reparationskommission ihre Kreditverhandlungen durch Beauftragung an den Ententeländern fort. Es erscheint jedoch gänzlich ausgeschlossen, daß diese Verhandlungen zu irgend einem Erfolg führen werden.

### Steuerliche Erfassung der Valutagewinne.

Der volkswirtschaftliche Ausschuß hat dem Reichstage eine Entschließung vorgelegt, die die Reichsregierung erucht, dem Reichstage unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Valutagewinne bei der Warenexportsteuer steuerlich stärker erfaßt, als es durch die soziale Auszubehaltung möglich ist. Das Ziel könnte durch die Ausgestaltung der sozialen Auszubehaltung zu einem allgemeinen Steuergebot erreicht werden.

### Gegen die Schlemmer.

Im ersten Ausschuß des Reichstages wurde bei der Beratung der Umsatzsteuer eine Entschließung angenommen, die die Reichsregierung erucht, im Hinblick auf die zu Tage tretenden Unzulänglichkeiten bei der Erhebung der erhöhten Umsatzsteuer auf Luxuswaren spätestens bis zum 30. Juli 1922 eine Nachprüfung der unter den Voraussetzungen des Umsatzsteuergesetzes fallenden Gegenstände vorzunehmen. 2. baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine schärfere Erfassung des Seltes und der Lüste nach dem Verkaufswerte vorsieht und, soweit möglich, die hauptsächlich in Luxusgütern verarbeiteten Gewerkmittel ausländischen Ursprunges, wie Hummer, Kaviar, Austern, Lugsobst, einer erhöhten Zollbelastung zu unterziehen.

### Der Stand der oberschlesischen Verhandlungen.

Beuthen, 15. Dezember. Die beiden Bevollmächtigten der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen, Reichsanwalt Dr. Schiffer und Minister Dzierzowski, haben heute in der mehrstündigen Sitzung den gesamten Fragenkomplex, der nach dem bisherigen Verlauf der Kommissionsverhandlungen eine eingehende Aussprache unterzogen. Dabei wurde festgestellt, daß in einer Reihe von Fragen bereits eine grundsätzliche Uebereinstimmung erzielt ist, während die anderen ihrer Natur nach schwierigere Fragen zur Zeit noch Meinungsverschiedenheiten bestehen, für die im Wege weiterer Verhandlungen ein Ausgleich angestrebt werden soll. Gleichzeitig wurde vereinbart, mit Rücksicht auf das Weihnachtsfest die Verhandlungen am 22. Dezember zu unterbrechen. Einzelne Unterkommissionen werden zwischen dem Weihnachts- und Neujahrsfest ihre Beratungen fortsetzen, während andere Kommissionen diese Zwischenzeit zur Vorbereitung der weiteren Verhandlungen im Sechsen mit ihren zuständigen Ressorts benutzen werden. Am 3. Januar werden die Verhandlungen in Oberschlesien in vollem Umfange wieder aufgenommen werden. In der Kommission für soziale Verbesserung sind die Arbeiten soweit gefördert, daß der Fortbestand der deutschen sozialen Versicherung für die Uebergangszeit als gesichert angesehen werden darf. Die einzelnen Unterkommissionen der Kommission für den Schutz der Kinderheiten halten in dieser Woche vorbereitende interne Besprechungen ab, um am Anfang der nächsten Woche die gemeinsamen Sitzungen wieder aufzunehmen. Die Kommission für allgemeine Bestimmungen verhandelte heute über die Regelung der Staatsangehörigkeitsfrage. Die Verhandlungen führten zu keinem abschließenden Ergebnis und werden in den nächsten Tagen fortgesetzt werden.

### Ein Rüstungsabkommen der Flottenmächte.

London, 15. Dezember. Nach einer Reutersmeldung aus Washington bestätigt sich die Nachricht von dem Abschluß eines Abkommens über die Verhältnisse der Flottenstärke zwischen Amerika, Großbritannien und Japan.

### Von der Börse.

Der gestrige Berliner Devisenmarkt fand noch im Zeichen der Zurückhaltung. Man wartet auf offizielle Erklärungen der Regierung über den Stand der Reparationsverhandlungen. Während die Spekulation sich größte Reserve anweist, werden für Rechnung der Industrie und des Großhandels bereits erhebliche Mengen ausländischer Zahlungsmittel angekauft. Amlich notierten Kabel New York 15 1/4, London 72 1/4, Amsterdam-Rotterdam 66 1/2. Anheimelnd bereitet sich auch ein Inflationswerte eine durchgehende Erhöhung vor.



# Optionsrecht für Deutschland.

Ueber das Optionsrecht für Deutschland oder Polen auf Grund des Artikels 91 des Vertrages von Versailles sind deutschseits folgende Ausführungsbestimmungen ergangen:

Auf Grund des Artikels 77 der Reichsverfassung wird mit Zustimmung des Reichsrats folgendes bestimmt.

§ 1. Die Option für Deutschland oder Polen auf Grund des Artikels 91, Absatz 3 und 4 des Vertrages von Versailles wird durch Abgabe einer Erklärung (Optionserklärung) vor der zuständigen deutschen Behörde ausübt.

§ 2. Inland sind die höheren Verwaltungsbehörden für die Entgegennahme der Optionserklärung zuständig. Die obersten Landesbehörden bestimmen, welche Behörden im Sinne dieser Optionsordnung als höhere Verwaltungsbehörden anzusehen sind.

§ 3. Im Ausland ist die Optionserklärung vor einer amtlichen deutschen Vertretung abzugeben. Die Reichsregierung erläßt die näheren Bestimmungen.

Die örtliche Zuständigkeit der im § 2 genannten Stellen wird durch den Wohnsitz und in Ermangelung eines Wohnsitzes durch den Aufenthaltsort des Optanten bestimmt.

Wird die Optionserklärung vor einer örtlich unzuständigen Stelle der im § 2 bezeichneten Art abgegeben, so ist sie von dieser an die örtlich zuständige Stelle weiterzuleiten. Sie gilt als in dem Zeitpunkt abgegeben, in dem sie bei der örtlichen Stelle eingegangen ist.

§ 4. Die Optionserklärung ist zu Protokoll oder in schriftlicher Form abzugeben. Die Unterschrift unter der in schriftlicher Form abgegebenen Erklärung muß im Inland von der Ortspolizeibehörde oder einem Notar, im Ausland von einer amtlichen deutschen Vertretung, beglaubigt sein.

Dem Optanten ist die Abgabe der Optionserklärung von der für entgegennehmenden Stelle (§ 2), auch wenn diese örtlich unzuständig ist, sofort schriftlich zu bestätigen.

§ 5. Ueber die Wirksamkeit der Optionserklärung hat die zuständige Stelle (§ 2, § 3 Abs. 1) dem Optanten eine Urkunde (Optionsurkunde nach anstehendem Muster) auszustellen. In der Urkunde sind die Familienmitglieder anzuführen, auf die sich die Wirkung der Option erstreckt (Artikel 91, Abs. 5 des Vertrages von Versailles).

§ 6. Für elternlose Personen unter 18 Jahren, für Minderjährige von mehr als 18 Jahren, bei denen die Voraussetzungen der Entmündigung vorliegen, sowie für solche Personen, die entmündigt oder unter vorläufige Vormundschaft gestellt sind, wird die Option durch die gesetzlichen Vertreter ausübt.

§ 7. Die Frist für die Abgabe der Optionserklärung (Optionsfrist) endigt mit Ablauf des 10. Januar 1922.

§ 8. Die Ausübung der Option auf Grund des Artikels 91, Absatz 10 des Vertrages von Versailles fällt nicht unter diese Optionsordnung.

§ 9. Die Optionsordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Hierzu wird bemerkt:

Für die deutsche Reichsangehörigkeit können alle Personen über 18 Jahre optieren, die am 10. Januar 1920 als deutsche Reichsangehörige in den endgültig als Bestandteil Polens anerkannten Gebieten ihren Wohnsitz im Sinne des § 7 des deutschen Bürgerlichen Gesetzbuches hatten und in den genannten Gebieten bereits vor dem 2. Januar 1908 anständig waren. Hierunter fallen auch Beamte, Polen deutscher Reichsangehörigkeit und Bewohner der polnischen Gebiete jenseits der früheren deutschen Grenze, zum Beispiel Kongresspolen. Ununterbrochene Beibehaltung des Wohnsitzes in Polen während der Zeit vom 2. Januar 1908 bis zum 10. Januar 1920 ist nicht erforderlich. Unfreiwillige Aufgabe des polnischen Wohnsitzes nach dem 9. November 1918 infolge einer auf Verlassen des Landes gerichteten Anordnung von Stellen, die amtliche Tätigkeit ausübt haben, infolge von Gewalt oder Drohung mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben bleibt außer Betracht. Zur Entgegennahme der Optionserklärung ist allein der Regierungspräsident zuständig. Die Erklärung kann auf der Regierung in Breslau, Lesingplatz 1, Zimmer 20, mündlich zu Protokoll abgegeben oder schriftlich der Regierung eingekandt werden. Die schriftliche Erklärung ist nach folgendem Muster abzugeben:

Ich, der — die — unterzeichnete . . . . . (Stand, Vor- und Zuname (bei Frauen auch Geburtsname), wohnhaft in . . . Kreis . . . Land . . . bin geboren am . . . als Sohn — Tochter — des . . . und der . . . (Vor- und Zuname der Eltern) — am 1. Januar 1908 wohnhaft in . . . Kreis . . . Land . . . am 10. Januar 1920, wohnhaft in . . . Kreis . . . Land . . . war bis zum 10. Januar 1920 . . . Staatsangehöriger, somit deutscher Reichsangehöriger und bin zurzeit polnischer Staatsangehöriger — bin zurzeit Pole deutscher Reichsangehörigkeit.

Auf Grund des Artikels 91 des Vertrages von Versailles optiere ich hiermit für die deutsche Reichsangehörigkeit — die polnische Staatsangehörigkeit.

Ich bin ledig — verheiratet — mit . . . . . geb. . . . . (Vor- und Zuname), geb. am . . . . . und habe folgende Kinder unter 18 Jahren:

(Vor- und Geburtsname) geboren am . . . . . in . . . . . Zum Nachweis meines Optionsrechtes füge ich folgende Urkunden bei: (Geburtschein, gegebenenfalls Tauschein, Heiratsurkunde, etwaige Unterlagen über Staatsangehörigkeit sowie über Wohnsitz am 1. Januar 1908 und am 10. Januar 1920, evtl. ortsbehördliche Bescheinigung).

(Falls der Nachweis des Optionsrechts nicht durch Urkunden geführt werden kann):

Gleichzeitig versichere ich hiermit an Eidesstatt, daß meine obigen Angaben auf Wahrheit beruhen — benenne ich für die Richtigkeit meiner obigen Angaben als Zeugen

(Dienstiegel.) Ort, Tag und Unterschrift.

(Beglaubigung der Unterschrift durch die Ortspolizeibehörde.)

Im Falle der schriftlichen Erklärung muß die Unterschrift des Optanten vorchriftsmäßig beglaubigt sein (s. § 4 der vorstehenden Ausführungsbestimmungen). Die ortspolizeiliche Beglaubigung ist kempel- und gebührenfrei. Die Abgabe der Erklärung bei den Landratsämtern oder bei den Ortspolizeibehörden ist rechtlich unwirksam. Auf Grund der auszustellenden Optionsurkunde können die Optanten bei den Behörden des betreffenden deutschen Landes einen Staatsangehörigkeitsausweis oder Heimatschein beantragen. Die Abgabe einer wirksamen Optionserklärung hat weiter zur Folge, daß dem Optanten freisteht, in den nächsten 12 Monaten nach Abgabe der Erklärung seinen Wohnsitz in den Staat zu verlegen, für den er optiert hat. Er darf das unbewegliche Vermögen behalten, das er im Gebiete des anderen Staates besitzt und darf sein gesamtes bewegliches Vermögen voll- und abgedeckt in das Land mitnehmen, für das er optiert hat. Soweit Vermögen des Landes übersteigt, in dem die Vollstreckung festgesetzt ist, am 10. Januar 1920 in Deutschland außerhalb des obersteinsten Abkommensgebietes oder in Polen ihren Wohnsitz hatten und mit Rücksicht auf diesen Wohnsitz optionsberechtigt sind, können sie in gleicher Weise schon jetzt optieren. Die Option des übrigen Wohnsitzes des obersteinsten Abkommensgebietes ist späterer Regelung vorbehalten.

# Die Steuerforderungen der Gemeinden.

Der Deutsche Städtetag und der Reichsstädtebund wenden sich in Eingaben an den Reichstag, um im Rahmen der Steuererlässe eine gewisse Sanierung der Gemeindefinanzen zu erreichen. Der Städtetag fordert, daß sowohl bei der Reichseinkommensteuer wie bei der Körperschaftsteuer der Anteil der Länder und Gemeinden, der bisher 60% Prozent beträgt, auf 75 Prozent erhöht wird. Ebenso wird verlangt, bei der Umsatzsteuer eine Erhöhung des Gemeindefinanzanteils von 5 Prozent auf 10 Prozent. Sehr entschieden wendet sich die Eingabe gegen die Absicht des Reiches, sich an den Realsteuern (Grundsteuer und Gewerbesteuer) zu beteiligen. Die Gemeinden verlangen, daß alle Steuern, deren Bereich mit dem Verwaltungs- und Wirtschaftsleben der Gemeinden verknüpft ist, oder deren Erträge für die Deckung von Gemeindeausgaben bestimmt sind, den Gemeinden überlassen werden müssen und vom Reich nicht in Anspruch genommen werden dürfen. Aus diesem Grund fordern die Gemeinden für sich die Auto- und Fahrzeugsteuer, ferner die Besteuerung des Umsatzes im gesamten Schanlagewerbe, die Gewerbe-Anschaffungssteuer (enthalten im Kapitalverkehrssteuergesetz), die gesamte Energiebesteuerung (Gas, Elektrizität, Dampf- und Dampfmotoren usw.), endlich die Grunderwerbsteuer, die das Reich zu einem Teile für sich in Anspruch genommen hat. Bei einer anderen Gruppe von Steuern wird nicht die vollständige Ueberlassung an die Gemeinden, aber mindestens eine angemessene Beteiligung der Gemeinden gefordert. Dies gilt insbesondere von den Getränkesteuern und von der Besteuerung der Feuer-versicherungsgesellschaften zu Abgaben für Feuerlöschzwecke. — Außerdem verlangen die Gemeinden eine Controllingaktion, und zwar Erst: 1. für die weggefallene Besteuerung der Mindesteinkommen, 2. für die Mehrbelastung aus der Besoldungsreform.

## Erhöhung der Unfallrenten.

Erfreulicherweise ist im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages zwischen den Fraktionen und der Regierung eine Einigung darüber erzielt worden, daß der ursprünglich vorgesehene Gehaltensatz über die Neuregelung der Zulagen in der Unfallversicherung erheblich verbessert werden soll. So ist unser Antrag, die Bestimmung zu streichen, daß die Erhöhung nur auf 1/3 Art. 2 gezahlt werden sollte, angenommen worden, ebenso wie die Streichung der Bedürftigkeitsfrage. Ferner soll der zugrunde zu liegende Jahresarbeitsverdienst für gewerbliche und Kaufleute von 9000 Mark auf 12000 Mark, für landwirtschaftliche Arbeiter von 4500 Mark auf 8100 Mark erhöht werden. Auch die ganz ungerechte Bestimmung, für weibliche Versicherte nur 80 Prozent dieses Jahresarbeitsverdienstes in Rechnung zu stellen, soll fallen. Weiter kommen allerdings die Zulagen nach wie vor nur den Rentnern mit über 50 Proz. Rente zugute. Alle unsere Bemühungen, die Regierung und die bürgerlichen Parteien zu veranlassen, auch den Rentnern von unter 50 Prozent ihre Rente der Geldwertmung entsprechend zu erhöhen, waren nutzlos. Auf diese Frage wird nach Neujaahr zurückzukommen sein.

## Pensionierte mit voller Arbeitskraft.

Es ist ein übler Zustand, daß zahlreiche pensionierte Beamte, Offiziere usw., die manchmal noch volle Arbeitskraft besitzen, neben ihrer Pension oft bedeutendes Einkommen aus irgenwelcher Tätigkeit beziehen, ohne daß ihnen nach den jetzigen rechtlichen Bestimmungen die Pension gekürzt werden kann. Dem Reichstage ist nun der Entwurf eines Gesetzes betreffend Kürzung der Ruhegehälter und Wartegelder bei solchen Versorgungsberechtigten zugegangen, die ein Einkommen aus gewinnbringender Beschäftigung außerhalb des Reichs- oder Staatsdienstes beziehen (Pensionskürzungs-Gesetz). Wenn solche Personen ein freuzweites Einkommen von mehr als 10000 Mark beziehen, werden in Zukunft die Rechte auf den Bezug des Teuerungszuschlages genommen. Tendern sich Art oder Höhe des Teuerungszuschlages für die aktiven Beamten, so ist die Kürzungssgrenze neu zu berechnen.

## Aus der Partei.

Die Werbeweise im Bezirk Ostpreußen hat unserer Parteiorganisation einen guten Erfolg gebracht. Ueber 3000 Neuaufnahmen und ebensoviel Helfer für unsere Parteipresse sind das Ergebnis gewesen. Gerade in Ostpreußen, in dem bis zum Ausbruch der Revolution die Arbeiterbewegung den Dorndürrenschlaf schlief, hat die Arbeit der Unabhängigen und Kommunisten den schwersten Schaden angerichtet und viele Arbeiter den Rechtsparteien in die Arme getrieben. Diese Krise ist jetzt überwunden und unsere Organisation nimmt jetzt eine gesunde Entwicklung. Seit Juli dieses Jahres ist die Mitgliederzahl mit Einschluß der roten Woche um circa 5000 gestiegen. Dabei wirkte auf unsere Arbeit erschwerend ein, daß unsere Genossen die Agitation durch Versammlungen reinerlich allein bestreiten mußten. Durch die Abtrennung Ostpreußens haben sie in letzter Zeit noch keinen Redner aus dem Reich bekommen können. Arbeiter, die wir aufgefressert haben, und die sich dann unter dem Druck der ostpreußischen Junker nicht mehr wohl fühlen, wandern in großen Scharen nach dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk aus. Trotzdem gehts auch in Ostpreußen vorwärts!

## Aus aller Welt.

Die Stiebsvilla. Vor einiger Zeit mietete in Bogliasco in Piemont ein junges Mädchen, dem jeder ansah, daß es sich in den Mittelschichten befand, eine reizend gelegene Villa. Es maktete Leute in guten Verhältnissen sein, denn sie brachten zwei Diener und einen Koch mit. Nachdem eine Anzahl großer, schwerer Koffer in das Haus gebracht worden war, sah man die Bewohner nur noch selten. Es kam zu ihnen kein Besuch, und auch sonst trat nur ausnahmsweise jemand die Villa. Die Nachbarschaft fand dies zwar auffällig, erklärte sich das Rätsel aber so, daß die Leutchen ganz für sich leben wollten, und nannten das Haus lachend die Stiebsvilla. Nun hat sich jedoch herausgestellt, daß in dem Hause andere Heimlichkeiten vor sich gegangen sind, als solche der Liebe. Der junge Ehemann, die junge Frau und die Dienerschaft bildeten eine Bande von Räuberzügen, die aus der Villa eine Werkstätte ihres dunklen Gewerbes machten. Sie hatten hier für 90 Millionen Lire falsche Banknoten hergestellt; dann verließen sie das Haus, nachdem sie alle Spuren verwischt hatten, um das Geld in Oesterreich und Italien in Umlauf zu bringen. Ein Detektiv ist hinter die Sache gekommen, und es ist ihm auch gelungen, die Spur der jungen Frau aufzufinden. Sie hat gestanden, so daß man auch ihre Genossen verhaften konnte.

Wahlkampf und drahtlose Telephonie. Der jüngste Wahlkampf in New York, bei dem der bisherige Bürgermeister Hylan wiedergewählt wurde, hat zum mindesten eine Neuerung in den Methoden des politischen Kampfes mit sich gebracht: die Einführung des drahtlosen Telefons nämlich als Mittel zur Verbreitung der Argumentation der Wahlredner. Der Gegenkandidat Curran hielt keine Schlußrede in der Senatskammer, sondern ließ sich drahtlose Telephonie, die von rund 1500 Stationen angefangen wurde, von Amateuren, von Schiffen auf dem Meer und in Höhen, von Banken, von Zeitungsredaktionen, die den Text der direkten Weiterleitung an die Scherereien anbrachten. Die jetzigen Methoden dieser Neuerung mit Heulgeräten, der Wahlrecht, den Säulen am Ort, am Kanal oder an der Dampfbohrung, kommt der Rede keines Mannes oder des der gegnerischen Partei, die Selbstempfindung der Wahlerwartungen macht einer zählbaren Betrachtung der Dinge Platz; der weinende Mann geht nicht mehr in die Versammlungen und so fort.

# Gewerkschaftsbewegung.

## Arbeiterverhaftungen in Oberberg.

In dem Holzindustriebezirk von Oberberg (Mark) und Umgebung wurde in der Zeit vom 1. September bis 31. Oktober d. J. ein Lohnkampf geführt, an dem ungefähr 800 Mann beteiligt waren. Dieser Lohnkampf wurde bis zum 24. September völlig mitterhaft geführt. In diesem Tage fanden Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern statt, deren Verlauf es jedoch zu keiner Einigung kam. Es wurde sodann eine tarifliche Schlichtungskommission eingeleitet, deren Schiedspruch von den Arbeitnehmern nicht angenommen wurde. Hierauf gaben die Arbeitgeber in sämtlichen im Bezirk erscheinenden bürgerlichen Zeitungen bekannt, daß sie den Schiedspruch anerkennen und forderten zur Aufnahme der Arbeit auf. Anhänger der Mitglieder der A.B.D. brachten es fertig, die Rolle von Streikbrechern zu übernehmen. Die Verberterung hierüber war unter der Arbeiterschaft außerordentlich groß.

In einem Vormittag in der folgenden Woche versammelte sich ein Teil der Streikenden vor dem Betriebe des „Berliner Holzkontor“, wo die Streikbrecher arbeiteten, um sich zu überzeugen, wer dort Streikbrecherdienst tue. Infolge der großen Erregung kam es zu kleinen Ausschreitungen. Hieraus konstruierte die Staatsanwaltschaft eine Klage wegen Aufruhrs, und am 10. Dezember erfolgte die Verhaftung von vier Arbeitern. Tags darauf fand eine öffentliche Versammlung statt, in der eine längere Protestresolution angenommen wurde. Die Versammelten übernehmen die Verantwortung dafür, daß keiner der Verhafteten einen Fuchsveruch unternehmen werde, falls ihnen eine außergerichtliche Handlung nachgewiesen werden sollte.

Auch uns erscheint es erforderlich, daß die Staatsanwaltschaft, die den Angehörigen der Rechtsparteien gegenüber mit der Erteilung von Haftbefehlen außerordentlich sparsam umgeht, den ganzen Vorfall unter genauer Berücksichtigung aller Begleitumstände nochmals nachprüft.

## Deutscher Hutarbeiterverband.

Auch in diesem Jahre wird an alle Invalidenmitglieder und an Witwen unserer verstorbenen Invalidenmitglieder, ebenso an alle Arbeitslosen und Kranken, welche zu Weihnachten mindestens 14 Tage arbeitslos oder krank sind, eine Weihnachtsunterstützung gezahlt. Die Auszahlung erfolgt ab Montag, den 19. bis 23. Dezember, vormittags von 9—12 Uhr, bei Kranken und Arbeitslosen unter Vorlegung des Krankenscheines oder Stempelkarte in unserem Büro, Margaretenstraße 17 (Gewerkschaftshaus), Zimmer 14.

## Ohne Schwindel kommen sie nicht aus.

Die Nummer 272 der Schlessischen Arbeiterzeitung beschäftigt sich in einem Artikel in der üblichen Form diesmal mit dem Deutschen Bauarbeiterverband und dessen heutiger Leitung und zwar ist der Artikelshmirer der aus dem Bauarbeiterverband ausgeschlossene Stukkateur Gutschke.

Wir haben nur zu erklären, daß wir hiermit den Gutschke solange als Lügner und Verleumder bezeichnen, bis er die in dem Artikel aufgestellten Behauptungen zurücknimmt.

## Deutscher Bauarbeiterverband. Die Ortsverwaltung. Frieden in Frijuregewerbe.

Obwohl die Arbeitermehrschaft im Frijure- und Haargewerbe in einer Mitgliederversammlung fast einstimmig beschlossen hatte, in den Streik zu treten, sind doch nochmals weitere Verhandlungen mit den Arbeitgebern geführt worden, die nun zu einer Verständigung führten.

Eine überfüllte Versammlung, von dem Arbeitermarzverband des Frijure- und Haargewerbes am Donnerstag abend nach dem „Bürgergarten“ einberufen, stimmte nach längerer Aussprache dem Vergleich zu.

Danach haben die Arbeitgeber, die noch nicht die 20 Prozent Zulage ab 1. November gezahlt haben, diese nun zu zahlen und zwar in der Lohnklasse A 75 Mark, in Lohnklasse B 50 Mark und in Lohnklasse C 40 Mark für den Monat November. Ab 1. Dezember tritt für alle Lohnklassen eine 20prozentige Erhöhung der gesamten Löhne ein. Für Damenfrisüre und Frijurefrauen kommt daselbe in Betracht.

Der Kanteltarif läuft unverändert bis zum 31. März 1922 weiter. Die Arbeitgeber sind berechtigt, ihre Angestellten bis 7 Uhr zu beschäftigen; ein Anarbeiten darüber hinaus gibt es nicht. Für diese Ueberstunden wird bezahlt in Lohnklasse A 7 Mark, in Lohnklasse B 5 Mark und in Lohnklasse C 4 Mark. Erste Damenfrisüre erhalten 8 Mark, zweite 7 Mark, Erste Frijurefrauen 7 Mark, zweite und dritte 5 und 4 Mark.

Ab 1. Januar 1922 tritt eine 10prozentige Erhöhung der gesamten Löhne ein, außer der Ueberstunden. Bei weiteren Verteuerungen der Lebenshaltung treten die Parteien erneut zusammen. Bei Inkrafttreten einer Zwangsanordnung übernimmt diese die tariflichen Vereinbarungen.

Die Versammelten gaben ihrem Unmut über die verlangten Ueberstunden Ausdruck und betonten, daß diese Lohnanhebung nicht im Sinne der Arbeitnehmer sei. Sie erkannten aber die Folgen der Erträge der Lohnkommission an und drückten ihre Vertrauen aus.

## Vom Hausangestelltenverbande.

In der am 12. Dezember im Gewerkschaftshaus tagenden Hausmeisterversammlung wurde vom Ref. Kollegen Hahn das Ergebnis der Verhandlungen mit der Arbeitsgemeinschaft der Hausbesitzer bekannt gegeben.

Er führte aus, daß zwar ein Tarif nicht abgeschlossen worden ist, daß aber eine Schlichtungskommission, zusammengesetzt aus Hausmeistern und Hausbesitzern die Löhne der Breslauer Hausmeister regeln wird. Es ist nicht das, was wir für unsere Kollegenchaft haben müssen, aber es ist nun den Organisationen möglich, mit Hilfe dieser Kommission die Löhne der Mitglieder den ortsüblichen anzupassen.

Ueber die Einzelheiten der nun einsetzenden Arbeit der Kommission berichtet Kollegin Kanner Montag, den 19. Dezember, in einer im Gewerkschaftshaus tagenden Mitgliederversammlung. Eintritt in diese nur mit Mitgliedsbuch.

## Neue Löhne im Töpfergewerbe!

Von Montag, dem 12. Dezember ab erhalten sämtliche im Töpfergewerbe beschäftigten Kollegen und Hilfsarbeiter eine Zulage von 0,30 Mark pro Stunde.

Für Akkorarbeiten, evtl. den Grundtarif vom 21. Mai 1912, erhalten Osenleger einen Teuerungszuschlag von 1130 Prozent. Für Werkstattarbeiter beträgt derselbe 1047 Prozent.

## Unsere Bilanz.

| Es wurden an der Berliner Wöfe gezahlt: |         |         |
|---|---------|---------|
|   | 15. 12. | 14. 12. |
| 1. Gesamtergebnis                       | 102,95  | 102,00  |
| 2. Ueberstunden                         | 751,70  | 750,20  |
| 3. Weihnachtsgeld                       | 14,00   | 14,00   |
| 4. Sonstige Einnahmen                   | 100,00  | 100,00  |
| 5. Gesamtergebnis                       | 988,65  | 986,20  |
| 6. 100 Mark                             | 1,00    | 1,00    |
| 7. 50 Mark                              | 2,00    | 2,00    |
| 8. 25 Mark                              | 4,00    | 4,00    |
| 9. 10 Mark                              | 16,00   | 16,00   |

# Weihnachts-Sonderangebot!

Solange meine Vorräte reichen!

## Gardinen

Nur neueste Muster in vorzüglichen Qualitäten  
Meter 10 Mk., 15 Mk., 16 Mk., 20 Mk. bis 60 Mk.

## Künstler-Garnituren

Hochparierte Zeichnungen, in bewährten Qualitäten  
Gesamter 140 Mk., 210 Mk., 250 Mk., 320 Mk., 420 Mk., 500 Mk.

## Stores

Stück 105 Mk., 145 Mk., 160 Mk., 190 Mk., 200 Mk., 270 Mk.

## Tüll-Bettdecken

Neueste Erscheinungen der Industrie  
Stück 95 Mk., 140 Mk., 190 Mk., 250 Mk., 300 Mk., 320 Mk., 375 Mk.

## Scheiben-Gardinen

Paar 30 Mk., 22.50 Mk., 15 Mk., 16 Mk., 18 Mk., 23 Mk., 30 Mk.

## Hemdentuch

Meter 19 Mark 22 Mark 25 Mark  
bewährte Qualitäten, für Herren- und Damen-Wäsche.

## Bett-Damaste

80 und 130 cm breit. Beste Qualitäten, in herrlichen Mustern.

## Handtücher

48 cm breit, äußerst haltbar,  
Meter 14 Mark 18 Mark 21 Mark 23 Mark 26 Mark.

## Betttücher

Vollständige Ware, auf beiden Seiten gewebt, mit roter Kante,  
130/190 cm groß, Stück 68 Mark.

## Schlafdecken

Halbwolle, 140/190 cm groß, schwere Qualität, Stück 45 Mark.

## Anzug-Stoffe

Buckskins in sehr geschmackvollen Mustern,  
haltbare, bewährte Qualitäten.

Meter 110, 120, 140, 180, 220, 260 Mark.  
Cheviot, marineblau, weit unter Preis, Meter 120 Mark.

Kamagarn-Cheviots, marineblau,  
Meter 163, 225, 255, 360 Mark.

Rosenstreifen, vorzügliche Qualitäten,  
Meter 110 und 240 Mark.

Patentstoffe, blau u. schwarz, Meter 175, 180, 195 Mk.

## Fertige Ulster

640, 675, 850 Mark.

Well Restbestand meines Lagers 20% Rabatt.

Meine Verkaufsräume sind ohne Unterbrechung von 8 bis 6 Uhr geöffnet.

Am goldenen Sonntag Verkaufszeit 1 bis 6 Uhr.

# Benno Schenk, Neumarkt 9.

## Achtung!

Infolge günstigen Einkaufes ist es mir  
möglich, meiner geehrten Kundschaft für  
den Weihnachtstisch, solange Vorrat, meine

**Tabake, ca. 35 Sorten**  
bis auf wenige zu alten Preisen ab-  
zugeben. Als besonders preiswert empfehle  
ich meinen feinsten Hamburger Rauchtabak

**Jolliba extra** per Paket 50 Gr. Inhalt **2.80**

**pa. Blätterschnitt** 100 gr. **4.80**

**Shagpfeifen** in großer Auswahl

**pa. Zigarren** von 65 bis 100 Stk.

Ich empfehle Eindeckung, da die Waren  
zum Teil bis auf das Dreifache gestiegen sind.

**Wilhelm Simm**  
Zigarren- u. Tabak-Grosshandlung  
Königstr. 21, 53. Grödenmarkt, 53. Hauptstr. 21

## Gegen Wanzen, Flöh' u. Läuse

Königstr. 21, 53. Grödenmarkt, 53. Hauptstr. 21

**1 1/2 Stunde Garantie**

**Läuse**

Königstr. 21, 53. Grödenmarkt, 53. Hauptstr. 21

## Vorwärts-Almanach

Arbeiter-Familien-Kalender

1922

reich illustriert

Preis 4,- Mark

Buchhandlung Volkswacht,  
Breslau, Neue Grapenstraße 5.

## Zweckmäßige Geschenke!

Herren- und  
Knabentleidung

Gewaltige Auswahl  
Bekannt billige Preise

## Kreuzberger

Schlesiens größtes Spezialhaus

Neuschestrasse 7

## Möbel

mit Kork

einige Stücke

gute Einrichtungen

Kreuzberg & Co.

## Briefmarken-Spezialhaus

mit Prüfungsstelle, Schabdrücke 7

einziges Spezialgeschäft in Breslau

kauft, verkauft, tauscht, vermittelt und über-

nimmt Abschätzungen

Briefmarkenfreunde erhalten bereitwillig

jede Auskunft.

## Margarine

Wir haben soeben einen großen Transport ganz frischer Tafelmargarine  
herbeikommen, und sind beauftragt, ohne jeden Zwischenhandel direkt an  
die Bevölkerung zu verkaufen. Es ist hiermit dem Publikum Gelegenheit  
geboten, für die Festtage gut und billig einzukaufen. Jeder, auch der  
weiteste Weg lohnt sich. Der Preis ist festgesetzt für

das Pfund **21<sup>50</sup>** Mark.

Hoisteiner Molkbutter- u. Margarine-Niederlage

1. Verkaufsstelle:

Klosterstr. 20, Hof

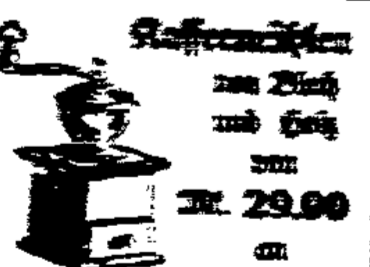
Verkaufszeit:

8-1 Uhr Vorm. 3-7 Uhr Nachm.

2. Verkaufsstelle:

Alsenstraße 24

Wir bitten, möglichst den Vermittlung zum Einkauf zu benutzen.



Kaffeemaschine  
mit Tisch  
und Fuß  
Mk. 29.00



Brotbacker  
Mk. 12.00 und 14.50



Caféfrühstück  
in allen Größen



Einfachgerichte  
in großer  
Auswahl



Beheizter  
Wasserkocher  
mit Heißwasserverschluss  
Mk. 31.50



Geflügel-  
heber  
mit  
Knochenbrecher  
von Mk. 48.00 an




Raffetten  
aus Stahl, diebstahlsicher  
in 8 Größen



Holzspatelmessinen  
von  
Mk. 14.00  
an



Brotbackemaschine  
„Runder“ und  
„Rechteckiger“



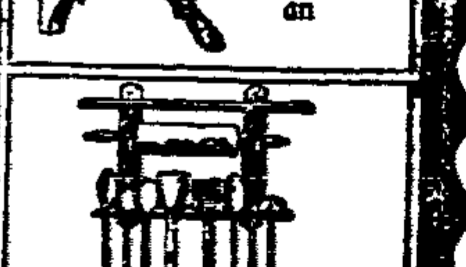
Café-Tisch  
mit 4 Stühlen  
Mk. 10.00



**Herz & Ehrlich**  
Kommunikations-Gesellschaft  
Ring 9 • Blücherplatz 1a • Kerrenstraße 1  
Zwischenverkauf einzelner Artikel vorbehalten!  
Bitte beachten Sie unsere Schaufenster



Rasierapparate  
„Egal“, Silber verplümbt  
mit Rasier- und 3 Ringtonen  
Mk. 35.00



Holzwarengeräte  
Dusch 32.00 Mk.  
Whorn 48.00 Mk.



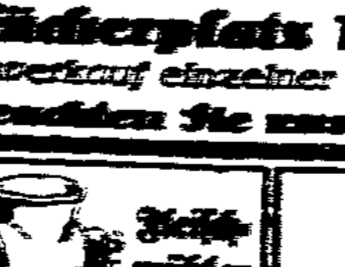
Schneemaschine  
mit 20cm  
und Schneefräse



Tischwaage  
Mk. 43.00



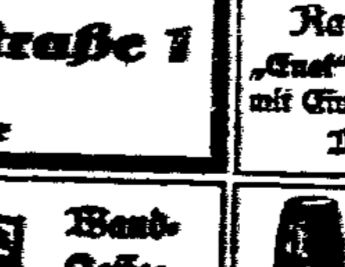
Reisekoffer  
Mk. 25.00



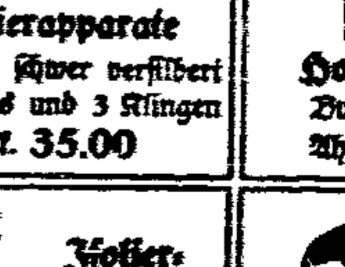
Kaffeemühle  
mit  
Kaffeemühle



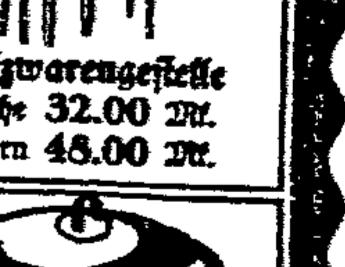
Pflanzgefäß  
für  
Tulpen, Geranien, etc.



Band-  
Raffee  
Mk. 60.00



Flaschen  
1/2 Liter  
von  
Mk. 25.00  
an



Brotbacker  
rund u. oval, ganz weiß emaill.  
von Mk. 65.00 an

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 16. Dezember.

Stadtverordnetenversammlung.

Ueber der Versammlung lag schon die friedliche Weihnachtsstimmung. Sie machte sich angenehm bemerkbar, weil die Stadeluft gar nicht erst aufkommen ließ. So konnte die ganze Tagesordnung aufgearbeitet, drei gedruckte und ein schriftlicher Dringlichkeitsantrag angenommen werden, und kurz nach 8 1/2 Uhr der öffentlichen Versammlung eine geheime folgen.

Ein Dringlichkeitsantrag, der die

Höchstzulage für Erwerbslos... forderte, wurde ohne Ausprache angenommen. Stadtr. Todus (Soz.), der die Vorlage vertrat, wünschte, daß durch die Verleihung der Stadt Breslau in die Ortsklasse A diese Sätze bald wieder aufgehoben würden, da sie nicht ausreichend sind. Es erhalten jetzt: männliche Personen: über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalt eines anderen leben 13,75 M., über 21 Jahre, sofern sie in dem Haushalt eines anderen leben 11,25 M., sofern sie nicht in dem Haushalt eines anderen leben 11,25 M., über 21 Jahre, sofern sie in dem Haushalt eines anderen leben 7,75 M., unter 21 Jahren 6,25 M.; Zuschläge für Ehegatten 6,25 M., für Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige 5,50 M.

Auf Anfrage aus der Versammlung erklärt ein Magistratsvertreter, daß sich in Breslau 3000 Arbeitslose befinden, die unterstützt werden. Durch die einsetzende Kälte hat sich die Zahl nicht unwesentlich erhöht.

Ermäßigung des Gaspreises für Blindbembittelte.

Ebenfalls ohne Ausprache angenommen wurde der Beschluß des erweiterten Unterauswahles der Betriebsdeputation für die Gaswerke, der sich mit dem Stadtverordnetenbeschluß, den Gaspreis für Personen zu ermäßigen, die unter 10 000 Mark Einkommen haben, befaßt hatte. Folgender Ergänzungsbeschluß, der sich ohne allzugroße technische Schwierigkeiten durchführen lassen wird, fand Annahme:

- 1. Die Ermäßigung an Gaspreis, die den Entnehmern mit Einkommen unter 10 000 Mark bewilligt werden soll, soll aus Mitteln des Wohlfahrtsamtes gedeckt werden.
2. Die Reklamation, welche Entnehmer die Ermäßigung erhalten und in welcher Höhe, trifft das Wohlfahrtsamt. Die Anträge können sowohl beim Wohlfahrtsamt, als auch bei der Geschäftsstelle der Betriebsdeputation gestellt werden.

Feiner wurde angenommen: Ein Tarifvertrag für die nicht ständigen Büroangestellten; der Erhöhung der Vergütung für die Beihilger beim städtischen Einigungsamt mit einem Nachantrag Todus (Soz.) die Erhöhung rückwirkend vom 1. April anstatt vom 1. Oktober an zu zahlen; die Beschaffung von Scheinwerkern für Triebwagen; die Erhöhung des Schulgeldes für nicht einheimische Volksschulkinder von 7,50 M. monatlich auf 10 M.; der Ausbau des zweiten und dritten Stadtwortes des Schulhauses Ranzelstraße 100; und eine Beihilfe für die Volkshochschule in der Höhe von 20 000 Mark.

Schluß der Sitzung nach 3 1/2 Uhr. Eine geheime folgte.

Vom Haushaltsauschuß der Stadtverordneten-Versammlung.

—m. Der Haushalts- und der Bauauschuß der Stadtverordneten-Versammlung beschloßen in gemeinschaftlicher Sitzung, die Magistratsvorlage, betreffend Bedienung der Kosten von zusammen 50 Millionen Mark für Zwecke des Kleinwohnungsbauwes der Vollversammlung zur Annahme zu empfehlen, jedoch mit der Maßgabe, daß der Tilgungssatz für die aufzunehmende Anleihe von rund 33 Millionen Mark von 8 auf 5 Prozent herabgesetzt wird. Ferner beschloß der Haushaltsauschuß, den Antrag des Stadtverordneten Dr. Herzog auf Einführung von Straßenbahn-Straßenkarren für Schulkinder abzulehnen, dagegen die Vorlage des Magistrats über Durchführung einer Prüfung des Markalbetriebes in Bezug auf seine Wirtschaftlichkeit zu genehmigen.

Das Weihnachtsfest der Märzopfer.

Die gestern von uns angeregte Sammlung für die Familien der Opfer kommunistischer Verführung hat sofort Wiederhall gefunden. Noch bis gestern abend wurden im Parteisekretariat 218 Mark gesammelt. Wir bitten nochmals um rege Beteiligung an dieser Sammlung.

Die Stadttheaterfrage.

Die Ortsgruppe Breslau des Deutschen Chorführer- und Ballettverbandes bittet uns folgenden Brief zu veröffentlichen, den ihr Verbandspräsident an den Herrn Oberbürgermeister gerichtet hat:

Wie wir schon erfahren, beabsichtigt die dortige Stadtverwaltung die Pachtanschreibung des Breslauer Stadttheaters. Es ist daraus schlüsselfolgernd, daß die Stadt Breslau vom Eigenbetrieb ihres Opernhauses in den Pachtbetrieb überzugeben plant. Sollte diese Absicht zur Tatfache werden, so wäre das nicht nur im Interesse der Mitglieder, sondern auch noch viel mehr in dem des Rufes des dortigen Theaters, auf die Distanz zu bedauern.

Die Uebergabe eines derartigen Kunstinstitutes, wie es das Stadttheater Breslau ist, an einen Privatpächter ist gleichbedeutend mit der Herabsetzung von der bisherigen künstlerischen Höhe dieses Instituts. Und dabei dürfte dieser Schritt nicht einmal den gewünschten Erfolg haben, denn ohne einen nennenswerten Zuschuß an einen Privatpächter ist das dortige Stadttheater überhaupt nicht zu halten; es sei denn, daß es zur Operetten- oder Lustspielbühne herabgedegradiert würde.

Der gegenwärtige Zuschuß, den die Stadt Breslau für ihr Theater leistet, beträgt etwa 3 000 000 Mark. Das macht bei einer Einwohnerzahl von 600 000 pro Kopf der Bevölkerung rund 5 M. Sollte der Zuschuß auf 6 000 000 M. erhöht werden, so wäre das eine Belastung von etwa 10 M. pro Kopf der Bevölkerung, bei 10 000 000 M. Zuschuß eine Belastung von etwa 16,60 M.

Die Stadt Mannheim leistet heute bereits schon einen Zuschuß von über 7 000 000 M., was bei einer Bevölkerungszahl von 220 000 32 M. pro Kopf der Bevölkerung beträgt. Der Zuschuß, den die Stadt Mannheim ihrem Theater in nächster Zeit zu leisten haben wird, dürfte 10 000 000 M. betragen, so daß jeder Einwohner Mannheims mit etwa 45 M., pro Jahr belastet wird mit Theaterzuschuß.

Im Jahre 1913/14 betrug der Gesamtumsatz, den die Stadt Breslau für ihr Theater zu leisten hatte, 3 473 673 M. Hierbei waren Unterhaltung und Sachverhaltung auf 2032 M. angesetzt. Aus der Zuschußleistung vernehmte die Stadt Breslau im Jahre 1913/14 478 749 M., hatte also damals etwa 144 076 M.

Die Stadt Mannheim brachte im gleichen Spieljahr die Summe von 404 898 M. für ihr Theater auf, ohne daß sie auch nur einen Pfennig an Zuschußleistung erhielt. Der Zuschuß, den Mannheim leistete war also ein effektiver, während die Stadt Breslau nach einem Ueberschuß von 140 000 M. aus ihrem Theater hinausging.

Breslaus kultureller Niedergang.

Es kann nicht die Aufgabe dieser Zeilen sein, alle die betrüblichen Anzeichen, die die Rückwärtsentwicklung Breslaus in kulturellen Dingen kennzeichnen, darzulegen. Einige Fragen aber, die gerade in letzter Zeit akut geworden sind, sollte kein Breslauer Bürger unbeachtet lassen.

Vor einigen Tagen lasen wir in den Zeitungen die kurze Notiz, daß sämtliche Angestellten des hiesigen Stadttheaters gekündigt worden sei. Das bedeutet also, daß die Stadt

die Breslauer Oper

aufgegeben hat und daß damit die einzige Oper des deutschen Ostens aufhören wird, zu existieren, falls sich nicht in kürzester Stunde irgend ein Privatunternehmer findet, der sich zutraut, das Breslauer Stadttheater wieder in einen einigermaßen rentablen Betrieb umzugestalten. Die schon seit längerer Zeit bestehende Gefahr einer Aufgabe der Breslauer Oper war ja für den unterrichteten Bürger nichts neues, aber durch den neuerlichen Schritt der Stadtverwaltung ist diese Gefahr wieder in den Brennpunkt des Interesses gerückt. Es ist ungeheuer betrüblich für jeden, der etwas von der kulturellen Bedeutung unserer Oper ahnt, zu beobachten, wie innerhalb unserer Stadt eine minderwertige Vergnügungsstätte nach der anderen aus dem Boden wächst, während ausgerechnet die würdigen und wertvollsten Unterhaltungsstätten der Not der Zeit zum Opfer fallen. Wenn eine Stadt von der Bedeutung Breslaus fortgesetzt zu einer Einschränkung seines Bildungswesens schreitet, so bedeutet das schlechthin eine Selbstvernichtung ihres Ansehens. Bietet doch gerade das Bildungs- und Unterhaltungsweisen einer Stadt einen ziemlich sicheren Maßstab für ihre kulturelle Höhe. Daß die Bedeutung der Breslauer Oper weit über Breslau und Schlesiens Grenzen hinaus gemühtigt wird, ist eine Tatsache. Umso größer ist die Einbuße des Ansehens, die Breslau durch die Schließung der Oper erleidet. Andererseits darf man auch die Zwangslage, in der sich der Magistrat befindet, nicht verkennen. Man kann schließlich nicht erwarten, daß die Stadt immer und immer wieder Millionen zuzieht an einem Unternehmen, das infolge der hohen Theaterpreise in der Hauptstadt nur einem geringen Teil der Bevölkerung zugänglich ist. Also von der Stadt wird schließlich Hilfe zu erwarten sein. Es gilt vielmehr, das Reich mehr als bisher für die Bedeutung Breslaus zu interessieren.

Die Not der deutschen Städte ist ja allgemein und der damit verbundene kulturelle Niedergang insbesondere Breslaus beschränkt sich ja leider nicht auf sein Theaterwesen. Auch das Bildungswesen, besonders

das Volksschulwesen

hat ganz erheblich unter der Verarmung unserer Stadtgemeinde zu leiden. Einer bereits erfolgten Einschränkung von zahlreichen Volksschulklassen soll an künftigen Jahren eine weitere erhebliche Verminderung der Volksschulklassen folgen. Breslau hat bisher in dieser Angelegenheit vor vielen anderen Städten vorausgehakt, eine verhältnismäßig niedrige Klassenfrequenz seiner Volksschulen aufweisen zu können. Nun ist es mit dieser erfreulichen Erscheinung unseres Bildungswesens vorbei und die Folgen des unseligen Krieges haben uns auch hierin um Jahre zurückgeworfen. Ob es nun gerade immer angebracht ist, ausgerechnet

Mit ähnlichem Beispiele als mit dem Mannheims könnten wir zur Gemüte dienen. Wir nennen nur Freiburg i. Br., Leipzig, Köln usw.

Das von uns angeführte Beispiel dürfte aber zur Genüge beweisen, daß die Stadt Breslau tatsächlich für theaterkulturelle Zwecke seither nicht allzuviel Mittel aufbrachte. Und nun, da es sich darum handelt, ein Kultur-Institut wie es das dortige Stadttheater sein soll und sein muß, tatsächlich zu finanzieren und zu unterhalten, hofft die Stadt Breslau sich dieser Aufgabe dadurch entziehen zu können, daß sie ihr Theater an einen Privatunternehmer verpachtet will.

Wir erwähnten eingangs bereits, daß durch die Verpachtung des Theaters eine nennenswerte Befreiung der Stadt von finanziellen Lasten nicht eintreten wird. Die Gründe hierfür zu erwähnen, halten wir für überflüssig; sie werden dortselbst nicht unbekannt sein.

Gar zu leicht wird übersehen, wenn es sich um die Bewilligung der Theaterzuschüsse handelt, daß diese Zuschüsse zum großen Teil notwendig wurden, um die Einkünfte der Theatermitglieder zu verbesern. Es berührt äußerst leichtsam, wenn man aus dortigen Zeitungen entnimmt, daß die Forderungen der dortigen Mitglieder auf zeitgemäße Entlohnung immer wieder als Grund angegeben werden, um das Theater zu verpachten. Sollen denn die Mitglieder, nur damit eine Stadt sich ein Theater leisten kann, auf alle berechtigten Forderungen und Wünsche verzichten? Das wird eine Stadtverwaltung den Mitgliedern doch wohl kaum anfinnen wollen. Man spricht in Stadtparlamenten und leitens der Theaterdeputierten immer nur davon, was man den Mitgliedern geben muß, jeder einzelne Redner jedoch übergeht mit Still-schweigen die Tatsache, daß die gesamten Bezüge, die man den Theaterangestellten gewährt, wieder in der Stadt verbleiben werden. Die Gelder machen also innerhalb der betreffenden Stadt nur den gewohnten Kreislauf, einmal heute, wo es kaum ein Mitglied des dortigen Theaters geben dürfte, das in der Lage wäre, Ueberschüsse, die es sich in Breslau am Stadttheater verdienen, anderweitig anzulegen oder ausgeben zu können.

Aus all den vorerwähnten Gründen glauben wir die berechtigten Erwartungen aussprechen zu dürfen, daß die Stadt Breslau von ihrem Vorhaben der Theaterverpachtung Abstand nimmt und zwar wie eingangs erwähnt, im Interesse aller Parteien und Faktoren: der Mitglieder, der Theaterbesucher und der sozialen und kulturellen Pflichten der Stadt.

Vom Arbeiterbildungsausschuß.

Weihnachtsfeiern für die Kinder.

Die Veranstaltung der nächsten Woche gehören — wie es sich an Weihnachtsfeiern doch gehört — nur den Kindern!

Es sind vier Weihnachtsfeiern, an denen ein kleines Weihnachtsfest aufgeführt wird, in denen Märchen zu ganz besonders schönen Lichtbildern erzählt, Lieder gesungen werden und in denen der Knecht Rupprecht dem der Verein der Naturfreunde, der Ausschuß für Arbeiter-wohlfahrt, einige Gewerkschaften und sonstige Kinderfreunde beim Volksschule seinet großen Saales beigesteuert sind. Pfefferkuchenzug und allen größeren Kindern dazu noch ein schönes Buch be-scherten wird.

Die Veranstaltungen beginnen alle um 5 1/2 Uhr.

- 1. am Dienstag, den 20. Dezember (für Gräbchen und den westlichen Teil der inneren Stadt) in der Aula des Som-natiums, Sonnenstr. 22.
2. am Mittwoch, den 21. Dezember, (für Oberer) in der Aula der Viktoriaschule, Blücherstr. 9.
3. am Donnerstag, den 22. Dezember, (für Schottin und Ohlauertor) im kleinen Saal des Gewerkschafts-hauses.
4. am Freitag, den 23. Dezember, (für Altortler und Popelwitz) im Pauluskaal, Frankfurterstraße. Der Eintrittspreis ist wie bei den alljährlichen Mittwoch-Kinder-Veranstaltungen nur 20 Pf.

an unserem Bildungswesen zu sparen, ist eine Frage für sich. So oft hört man den Einwurf: „Eine verarmte Gemeinde kann sich keine großzügige Kulturpolitik leisten.“ Das Gegenteil dieser Auffassung ist richtiger. Gerade weil wir verarmt sind, dürfen wir die Kultur- und Bildungsfragen nicht vernachlässigen, denn hier handelt es sich um das letzte Ende um unsere Zukunft. Was eine großzügige Kulturpolitik — und das gilt von Staat und Gemeinde — an Werten schafft, das kommt dem Gemeinwesen früher oder später in vielfachtem Maße wieder zugute. Eine wirkliche Wiebergefundung unseres Volkes und eine Verbesserung seiner Lage kann nicht allein durch äußere Maßnahmen herbeigeführt werden, sondern die innere, geistige Erstarkung muß hinzukommen. Wie will man aber dieses Ziel erreichen, wenn man die Bildungsmöglichkeiten mehr und mehr verengt?

Ein anderes recht trauriges Kapitel in dem Niedergange unserer Stadt an kulturellen und hygienischen Werten bedeutet die fortgesetzte

Verwilderung unserer öffentlichen Anlagen.

Unsere Parks, Plätze und sonstigen Anlagen, die gewissermaßen die Lungen einer Großstadt darstellen, lassen mehr und mehr die Sorgfalt und Pflege nicht nur der Gartenbauverwaltung, sondern leider auch eines großen Teils des Publikums vermissen. Der Blumenstaub unserer Anlagen wird von Sommer zu Sommer spärlicher und dürriger, eine für jeden naturfreundigen Bürger traurig stimmende Beobachtung.

Noch ein Anzeichen der kulturellen Rückwärtsentwicklung unserer Stadt sei hier erwähnt, das ich die erneute

Verzögerung des Krematoriumsbauens.

Die wachsende Bedeutung der Feuerbestattung hat schon seit langem in weiten Kreisen der Breslauer Bevölkerung das Bedürfnis nach der Errichtung eines Krematoriums entstehen lassen. Die meisten großen und selbst viele mittlere Städte Deutschlands haben schon Krematorien aufzuweisen, Berlin besitzt bereits mehrere. In Breslau hat man sich noch immer nicht dazu entschließen können, den schon längst geplanten Bau eines Krematoriums endlich in die Wege zu leiten.

Dies sind nur einige wenige Symptome für die wachsende Kulturnot unserer Stadt. Wie schon gesagt, wird sich die Stadt selbst kaum helfen können, sondern das Reich wird eingreifen müssen. Wenn die Gemeinden nicht aufhören sollen, Selbstver-waltungskörper zu bleiben, dann wird sich wohl das Reich dazu entschließen müssen, den Gemeinden größere Einnahmequellen zu verschaffen, etwa in der Form einer größeren Beteiligung der Gemeinden an den Erträgen der Einkommens- und Umsatz-steuern, wie es ja auch auf dem letzten Deutschen Städte-tage vorgeschlagen worden ist. Das Reich wiederum, das sich ja finanziell ebenfalls in einer katastrophalen Lage befindet, wird sich dort schädlos halten müssen, wo noch Geld vorhanden ist, die schärfste Besteuerung des Reiches liegt also letzten Endes auch im Interesse der Gemeinden. So verknüpfen sich unsere eigenen kommunalen Angelegenheiten mit dem allgemein politischen Leben, und mer auf das Wohl seiner Heimatstadt bedacht ist und ein klares Auge für Vergangenheit und Zukunft hat, der muß die richtige politische Folgerung

auch aus diesen Betrachtungen ziehen.

Nach den Karten wird lebhafteste Nachfrage sein. Man tut also gut, möglichst bald bei einer der Verkaufsstellen seinen Bedarf für alle Kinder, die über 8 Jahre alt sind, zu decken.

- Karten sind erhältlich:
1. für Dienstag im Konsum Gräbchenstraße und in der Volkswacht-Buchhandlung,
2. für Mittwoch im Konsum Schwendfeldstraße und Mathiasstraße,
3. für Donnerstag im Konsum Tauentzienstraße und Sokrauerstraße und im Gewerkschafts-Restaurant,
4. für Freitag im Konsum Leuthenstraße.

Weihnachtsfeier der „Aufrechten“.

Der „Bund der Aufrechten“ will am 29. Dezember im Kon-sumhaus Weihnachten feiern, und Neujahr zugleich. Die Feier ist eine große Gottesdienstfeier, obgleich daran ein „Sophrprediger“ hervorragend mitwirkt, und auch sonst der Herzog in Rede und Gesang eine große Rolle spielt. Die „Aufrechten“ sehen nicht ein, daß sie „nach Gottes höchem Rathschluß“ den Krieg verloren haben, und trotz des christlichen Weihnachtsgebots, „Friede auf Erden“, treiben sie ausgerechnet zur Weihnachtsfeier denselben Kriegszumel, wie sonst das ganze Jahr. Unter der Leitung: „Mit Gott für König und Vaterland“ schwanken sie „die Jahre schwarz weiß-tot“, lassen sich Kettenmärchen bilden, ziehen aus um Her-mannschlacht“, und „wollen ihre Rede haben“. „Kaiser Wilhelm“ läßt „sein Volk“ grüßen und wird nebst dem ehemaligen Kron-prinzen und Se. Kgl. Hoheit dem Prinzen Oskar wieder „in die Sie geloben, weiter zu predigen und zu sprechen vom Reich und vom Reich“, worauf zuletzt der Papst gestrichen wird.

Man kann gewiß im Zweifel sein, ob solches Treiben mehr lächerlich als gefährlich ist, aber die Behörden werden zu prüfen haben, ob solcher Unfug in einem republikanischen Staate gebuldet werden darf. Sollen noch mehr Worte geschrieben, bevor man mit dem Treiben endgiltig aufräumt? Oder sollen die Arbeiter selbst den Spul vertheidigen?

\* Distrikt 27. Heute abend 8 Uhr Sitzung des Weihnachtskomitees bei Wld. Dienstadtstr. 122. Erscheinen aller ist Pflicht. Unsere Weihnachtsfeier findet am Sonnabend, den 17. Dezember, ebenfalls statt.

\* Distrikt 29. Sonntag, den 18. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, Zimmer 7/8 Gewerkschaftshaus: Weihnachtsfeier.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Mitteilungen der Direktoren.

Stadttheater. Heute abend 7 1/2 Uhr „Hans Heiling“ mit den Damen Hortner-Halbberth, Gajewska, Keller und den Herren Groß, Haushild, Hohberg, Williamski. Musikalische Leitung Dr. Fritz Müller-Brom. Spielleitung Dr. Georg Pauly. Morgen 7 1/2 Uhr „Wenn ich König wär“, Sonntag, nachmittags 3 Uhr, zum ersten Male, das Weihnachtsmärchen „Prinzessin Fuchswind“. Es sind beschäftigt die Damen Gajewska, Hof, Lipski, Marquardt, und die Herren Haber, Haushild, Hohberg, Kudow, Williamski. Die musikalische Leitung hat Herbert Sandberg, die Spielleitung Dr. Viktor Walterheim. Abends 7 Uhr „Boccaccio“.

Bereitigte Theater. Am Freitag wird im Lobe-Theater Goethes „Iphigenie“, mit Hedda Lembeck in der Titelrolle gegeben. Bernhards Schwant „Der Hühnerhof“, inszeniert von Wilhelm Vichlberg, ist heute mit den Damen Berling, Knaack, Keller, v. Keng, Schild, den Herren Busch-Kutser, Falkenhauken, Felden, Kothe, Seis. Die Eröffnung ist morgen, Sonnabend.

Im Thalia-Theater Freitag „Gretchen“. Sonnabend abends „Die Dame aus dem Schlafwagen“.

Am Sonnabend, nachmittags 4 Uhr finden wieder Konzerte im Lobe-Theater statt. Am Sonntag, nachmittags 4 Uhr finden wieder Konzerte im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses. Die Weihnachtsfeier der „Aufrechten“ findet am Sonntag, den 18. d. Mts., in beiden Theatern schon um 3 1/2 Uhr.

**Die Weihnachtsfeier der Arbeiterjugend**  
 findet heute statt und wird morgen wiederholt. Jeder, der noch  
 irgend abkommen kann, darf den Weg zum Gewerkschaftshaus  
 nicht lassen. Einlauf 8 1/2 Uhr. Beginn pünktlich 7 1/2 Uhr. Orchester  
 und Soubrette erheben um 6 Uhr, Spieler um 6 1/2 Uhr. Wer noch  
 nicht abgerechnet hat, muß dies morgen vor Einlauf an der Kasse  
 tun.

**Weihnachtsfeier der Breslauer Volkshochschule.**

—m. Eine schöne Weihnachtsfeier beging am Sonnabend  
 die Breslauer Volkshochschule im großen Saale des Metropol, der  
 nach Galerien bis auf den letzten Platz gefüllt war von Teil-  
 nehmern der Volkshochschule und ihren Gästen, unter denen man  
 auch Bürgermeister Dr. Trentin bemerkte.

In Eingangs- und Schlussgesängen konnte der Volkshochschul-  
 chor unter Leitung von Dr. Joh. Hübner zeigen, wieviel er seit  
 seiner Begründung gelernt hat. Miss Riesel-Reisenstein  
 am Klavier durch Dr. Wadernagel wirksam unterstützt, er-  
 freute die Hörerschaft durch Vortrag dreier geschmackvoll ge-  
 wählter Klavier- und Violin-Kompositionen und verriet dabei künstler-  
 ische Qualitäten, die bei ihrer Jugend umlo erklaunlich sind.  
 Emma Wajerska, eine Volkshochschülerin, sang einige Lieder  
 von Hebel, Holmann und Cornelius mit feiner Auffassung, am  
 Klavier von Miss Haerdel tadellos begleitet. Studien-  
 Direktor Bogl betonte in einer Vortrage besonders den deut-  
 schen Charakter der Weihnachtsfeier. Der Leiter der Volkshoch-  
 schule, Dr. W. W. W., las einige Dichtungen. Einen Höhepunkt des  
 Abends bildete das Schöne Spiel von Christ Geburt, unter  
 der geschickten Regie des Herrn Gerd Sieb, von Mitgliedern der  
 Volkshochschule und des Jugendchors ausgeführt.

\* **Gasvergiftung.** Der 35 Jahre alte Arbeiter Paul Sam-  
 mann, der Schwerstraße 24 wohnhaft war, hat sich am 14. d. Mts.  
 in seiner Wohnung mit Gas vergiftet. Der Mann hatte vorher  
 keine ähnlichen Schicksale verkannt, denn einen Sohn in den Münn-  
 gasmischer behielt, den Gasdruck in den Mund pfeift und sich  
 in den Tod gegeben. Die Leiche ist in das Scheunhaus gefahrt,  
 worden.

**Breslau (Land)-Neumarkt.**

**Feuerwehrtag im Landkreis Breslau.**

Am 11. d. Mts. hielt der Landrat des Landkreises Breslau,  
 Dr. Herrmann, den ersten Feuerwehrtag des Kreises in  
 Großam ab.

An ihm nahmen die Amts-, Gemeinde- und Gutsbesitzer des  
 Kreises, die Spritzenmeister der Spritzenverbände und die Brand-  
 meister der freiwilligen Feuerwehren teil. Nach den sehr anregen-  
 den Vorträgen des Herrn Brand-Inspektors Hähnel über  
 die Notwendigkeit der Gründung neuer Wehren, des Herrn  
 Justizbesizers Kelling über die Art der Gründung freiwilliger  
 Feuerwehren und des Herrn Kreisbrandmeisters Tzilo über  
 die Verwendung der Automobilspritze im Landkreise, damit zu-  
 sammenhängende Organisationsfragen, sowie die Wasser-  
 versorgung in Feuerlöschzwecken wurden leitens der freiwilligen Feuerwehr  
 Breslau nützliche Vorträge an Geräten, belehrende Vor-  
 träge über Verwendung und Behandlung des Feuerlöschgerätes  
 abgehalten und eine wohlgeleitete Angriffsbildung gezeigt.

Der sehr interessante Vortrag der über besprochenen Tagung gibt  
 die Gewähr, daß dem Feuerlöschwesen im Landkreis Breslau die  
 bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen gebotene Pflege zu-  
 teil werden wird.

**Aus der Provinz Schlesien.**

**Winter im schlesischen Gebirge.**

Der Schlesische Verkehrsverband schreibt uns: Wenn auch  
 nach den vorliegenden Wettermitteilungen im schlesischen Gebirge  
 Neuschnee in größeren Mengen nicht gefallen ist, so sind doch die  
 Spitzberghöhe gänzlich über-Schneehöhe. Ober-Schneehöhe meldet 10 Grad  
 Kälte, Schneehöhe 10 Zentimeter, Neues Frohweiser, Schneehöhe  
 und Kodelbach sehr gut. Auf dem Kamme liegt der Schnee  
 4 bis 1 Meter hoch. Sehr günstig sind die Spitzberghöhe auf  
 dem Glaser Schneeberg. Der Schnee liegt dort 60 Zentimeter  
 hoch. Die Kodelbach reicht bis Wölfelesgrund. Der Glaser

Schneeberg meldet bei Südostwind und leicht bewölkt Himmel  
 12 Grad Kälte. In Wölfelesgrund ist 10 Zentimeter Neuschnee  
 gefallen. Außer der Postautoverbindung, die täglich zweimal von  
 Habeschwerdt nach Wölfelesgrund und zurück verkehrt, wird auf  
 der Strecke Wölfelesgrund-Ebersdorf eine Privatautolinie ein-  
 gerichtet werden. Das Auto fährt vom 20. Dezember ab täglich  
 auf Bestellung zu jedem Zuge nach Ebersdorf. Bestellungen sind  
 unter Wölfelesgrund Nr. 18 telefonisch aufzugeben. In Bad  
 Reiners, das seine einen Heftar große Eisbahn dauernd in bestem  
 Zustande erhält, wird sich während der Weihnachtsfeiertage ein  
 reges Sportleben entwickeln, denn es treffen in diesen Tagen in  
 Reiners der Skiklub Breslau und die Studenten der Hochschule  
 für Leibesübungen mit dem Dozenten ein. Außerdem veranstaltet  
 der Breslauer Eis- u. Schneefesttag am Silbestertage ein Schaulaufen  
 seiner Kunstläufer in Reiners.

**Wasserstand**

vom 16. Dezember 1921.

|                                     |      |                                 |        |
|-------------------------------------|------|---------------------------------|--------|
| Katibor . . . . .                   | 1.16 | Breslau (Ober-Regel) . . . . .  | 4.47   |
| Krapitz . . . . .                   | 1.34 | Breslau (Unter-Regel) . . . . . | 1.82   |
| Köbel . . . . .                     | 0.72 | Troschen . . . . .              | 0.30   |
| Prütz (Waldenau) . . . . .          | 1.79 | Kamien (Ober-Regel) . . . . .   | 3.90   |
| Kottwitz . . . . .                  | 0.69 | Kamien (Unter-Regel) . . . . .  | 1.48   |
| Neuemündung (Ober-Regel) trocken    |      | Tobemündung . . . . .           | + 0.92 |
| Neuemündung (Unter-Regel) . . . . . | 0.96 | Waldenau . . . . .              | + 0.0  |

**Bereinstalender.**

Gesellenansuchungsglieder und Stellvertreter! Montag, den  
 19. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Zimmer 10 des Gewerks-  
 chaftshauses Kolligung, zu der auch die Stellvertreter  
 geladen sind. Alles ersuche.  
 Der Löbmann.

Elegante Damen u. Herren verdanken ihre blüten-  
 reine, sammetweiche Haut nur  
**KOMBELLA „Creme Extra“**  
 9498  
 mit dem wundervollen Duft nach »Orchidea«, »Weiße Rose«,  
 »Syringa« oder »Phantasie«. Ueberall erhältlich!



# Grosser Weihnachts-Verkauf!

**Herrenstiefel**

Rindbox, vorzügliches  
Fabrikat . . . . . Mk. **195.—**

**Damenstiefel**

Ch.-Chevr. mit Lack,  
moderne Form, Mk. **185.—**

**Damenhalbschnürschuhe**

R.-Chevr. mit Lack,  
moderne Form . . . . . Mk. **125.—**

**Damenschneiderschuhe**

Einzelpaar . . . . . Mk. **95.—**

**Militärstachhausschuhe**

mit warmem Futter und  
Schmalle . . . . . Mk. **39.—**

**Dirndistoffhausschuhe**

m. warmem Futter, pass.  
Weihnachtsgeschenk, Mk. **22.—**

Sonntag von 1-6 geöffnet! Beachten Sie meine Fenster! 9780

**Central-Schuhhaus Ernst David & Co. Nachf.**  
 Inh.: Siegfried Kantorowicz.  
**Breslau, nur Reuschestraße 44/45.**

**Familiennachrichten**

Mitwoch, den 14. Dezember 1921, verstarb nach  
 längerem Leiden unser lieber Kollege  
**Gottlieb Hanke**  
 im 71. Lebensjahre.  
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
 die Mitglieder der Zahnärztlichen Vereinigung  
 des Fachverbandes der Zahnärztlichen Vereinigungen  
 Versammlung: Sonnabend, den 17. Dezember, nach-  
 mittags 2 1/2 Uhr, vom Turmhaus, Gartenstraße 5  
 in Breslau. 9778

Am 14. Dezember starb unser Mitglied  
**Gottlieb Hanke**  
 im Alter von 71 Jahren.  
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
 die Mitglieder der Zahnärztlichen Vereinigung  
 des Fachverbandes der Zahnärztlichen Vereinigungen  
 Versammlung: Sonntag, den 17. d. M., nach-  
 mittags 2 1/2 Uhr, vom Turmhaus, Gartenstraße 5  
 in Breslau. 9778

Im Alter von 39 Jahren verstarb unser Mitglied  
**Emma Beinlich.**  
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihr  
 die Mitglieder des Deutschen Krankenpflegeverbandes  
 Versammlung: Freitag, nachmittags 2 1/2 Uhr, von  
 der Leichenhalle des alten Nordfriedhofes, Ende  
 Reuscher Straße. 9778

Ich habe die Praxis des Herrn  
 San.-Rat Dr. Ludwig übernommen  
 und halte Sprechstunden 8-9, 3-4 Uhr.  
**Dr. med.**  
**Fritz Wachsnar**  
 Reuscherstraße 9.  
 Fernruf: Ring 9922.

**Fabrikarbeiter-Verband**

Jahresheft Breslau.  
 Sonntag, den 18. Dezember, vormittags 10 Uhr,  
 im Zimmer 18 des Gewerkschaftshauses:  
**Branchen-**  
**Versammlung**  
 der Metallarbeiter und Schmiededeker.  
 Tagesordnung:  
 1. Bericht von Leiter-Verhandlungen.  
 2. Neue Tarifverträge.  
 Das Erscheinen aller in Frage kommenden Kollegen  
 ist Pflicht. Mitgliedsbuch mitbringen. Karte für  
 20 Pf. Die Branchen-Präsidenten.  
 9778

**Alles staunt**  
 bei der neuen kleinen  
**Prima Berrenstiefel**, **250.—**  
**Prima Damenschneiderschuhe**, **725.—**  
**Prima Damenstiefel**, **210.—**  
**Prima Herrenstiefel**, **280.—**  
**Prima Damenstiefel**, **135.—**  
**Josef Gruschka**  
 Neue Tuchschneiderei  
 1. Waisenhaus-Platz, Ecke Markt.

**Fugenlose goldene Trauringe.**  
 Größte Auswahl  
 Billigste Preise!  
**Paul Aiter,**  
 Kapuzenstr. 17.  
 Bitte genau auf Name achten.

**Zur Saison 1922**  
 empfiehlt sich den geehrten  
 Vereinen und Privaten zur  
 Herstellung aller vorkommen-  
 den Drucksachen bei billigerster  
 Berechnung in kürzester Zeit  
**Volkswacht-Druckerei**  
 Dresden 2, Harfstraße 4/6  
 Telefon Ring 1206

**Goldene Trauringe**  
 verkauft billig  
**Georg Geller** Uhrmacher  
 am Hauptbahnhof  
**Weihnachts-Kapitel**  
 Staps- und Kolonialwaren  
 täglich in best. Auswahl  
 Wasserwerk, Ringstr. 143.

Suche vom 1. Januar 1922  
**Zahnarzt**  
 als Assistenten. Persönliche  
 Sprachkenntnisse erwünscht.  
 Erhöhte Meldungen mit Ge-  
 haltsansprüchen, Bild und  
 Altersangabe. 9778  
**Fritz Barkowsky, Dentist**  
 Heydekrog, Harnelgasse.

In den meisten Fällen  
**Schmerzloses Zahnziehen!**  
**R. Barthel, Poststr. 1**  
 Ecke Ohlsdorferstraße

**500 Mk. Belohnung**  
 erhält derjenige, der meine  
 Schieferhündin,  
 auf den Namen Barkas hörend,  
 bis mit am 9. 12. von der  
 jung. Hundeweg eingefangen  
 werden ist, wiederbringt, an  
**Breslauer Taubstumm-  
 Gehörlosensverein**  
 Gehörlosensstr. 44.

Fleische 209 Mark  
 Fernruf: Ring 749 und 6328  
 Zu haben in allen Fleisch-Gebräuereien

**Autoführer**  
 welcher am Sonnabend  
**Dame von Ring**  
 nach Hohrechtsufer  
 gefahren hat, wird gebeten,  
 das verlorene Palet gegen  
**100 Mk. Belohnung**  
 Hohrechtsufer 18 abzugeben.

**Zu kaufen gel.**  
 Grammophon, Platten, auch  
 2 bis 20 Stk., auch leicht zu gänt.  
 Georg M. Liebecke, Grödenhof.

**Arbeitsmarkt**  
**Näherinnen**  
 an Kolonialwaren  
 T. I. können sich melden  
 Grund, Reuscherstr. 29, II.

**Kleine Anzeigen**  
 sind bevorzugt, gegen geringe  
 Anzahl v. Verträgen, Kaufge-  
 schäften u. d. d. v. v. v. v. v. v. v. v.  
 Jeder Wort 50 Pl., 3 u. 1 M.



